wirtunwas

Die Marburger SPD-Fraktion vor Ort · November/Dezember 2016

Die Marburger SPD Fraktion

Sozialdemokratische Politik mit neuen Mehrheiten

Matthias Simon
Fraktionsvorsitzender

Über viele Jahre hinweg konnte die SPD in Marburg gemeinsam mit den Grünen eine gute Politik für unsere Stadt gestalten. Nach der Wahlniederlage im März, bei der Rot-Grün keine Mehrheit mehr erhalten hat, waren wir auf neue Bündnispartner angewiesen, die Bürger für Marburg gingen mit uns in eine Zählgemeinschaft. Die Linken erwiesen sich nicht bereit, konstruktiv bei der schwierigen Haushaltslage mitzuhelfen, also auch Einsparungen mitzutragen. Nach und nach verabschiedeten sich dann die Grünen aus der gemeinsamen Verantwortung für den Haushalt – denn mit der schlechten Haushaltslage wollen sie nichts mehr zu tun haben. Fakt ist aber: Die Verschuldung ist in den letzten drei Jahren stark angestiegen, und wir können uns viele Ausgaben nicht mehr leisten. Die grünen Haushaltspolitiker wollten jedoch weiter auf Schulden bauen – bis ihnen vor wenigen Wochen klar wurde, dass wirklich kein Geld mehr vorhanden ist. Sie hatten den Nachtragshaushalt abgelehnt und sich dann gewundert, dass somit Geld im von Bürgermeister Dr. Kahle verantworteten Jugendbereich fehlte. Stattdessen wurde von ihnen angeregt, bei der Bildung zu sparen, nämlich bei dem Bildungsbauprogramm „BiBaP“ für unsere Schulen.

Vor dem Hintergrund, dass Einsparen anstrengend ist, schwenken die Grünen nun auf die Dauerforderung der Linken ein: Einfach den Gewerbesteuerhebesatz erhöhen (dieser wurde allerdings in diesem Jahr bereits erhöht und bringt 7 Millionen Euro Mehreinnahmen!). Andere Gebührenerhöhungen zur Kostendeckung lehnen die Grünen jedoch bloß ab. Zusammenfassend bedeutet dies „einfach so weitermachen“, bis Marburg vom Regierungspräsidenten zum Sparen an schmerzhaften Stellen angewiesen und damit bevormundet wird.

Fortsetzung auf Seite 2

Zur Sache

Liebe Leserin, lieber Leser,
nach wie vor ist die Marburger Finanzlage zugespitzt. Die Vorbereitungen für die Aufstellung des Haushalts 2017 laufen. Im März soll er verabschiedet werden. Wir stehen bereit, Verantwortung zu übernehmen.

Die Erhöhung der Kita-Gebühren wurde in der letzten Zeit intensiv diskutiert. Ein Kompromiss wurde auf unsere Initiative hin gefunden. Dazu lesen Sie mehr in diesem ***wirtunwas***.

Welche weiteren Anträge wir in der Stadtverordnetenversammlung noch eingebracht haben, stellen wir Ihnen ebenfalls vor.

Noch immer gibt es keine neue Koalition. Dennoch ist es möglich, mit verschiedenen Mehrheiten Politik zu machen.

Bei unserer dritten **Fraktion vor Ort** in diesem Jahr setzen wir unsere Reihe mit Besuchen bei den neuen Innenstadt-Ortsbeiräten fort und treffen uns mit dem Ortsbeirat Waldtal sowie den dortigen Vereinen. Herzliche Einladung an Sie auch dazuzukommen!

Ihre Marburger SPD-Fraktion

Inhalt

Neue Mehrheiten	1
Die finanzielle Lage	2
Lokschuppen	2
Kita-Gebühren	3
Fraktion vor Ort: 26. November bis 1. Dezember	3
Eine Tram für Marburg	4
Das läuft in der Stadtverordnetenversammlung	4

Fortsetzung von Seite 1

Die Marburger SPD bekennt sich zu ihrer Verantwortung und wird die weitere Verschuldung eindämmen, um handlungsfähig zu bleiben. Das ist auch das Ziel unseres Oberbürgermeisters Dr. Thomas Spies. Zu diesem Zweck brauchen wir ein zuverlässiges Bündnis im Parlament. Bislang konnte sich die SPD nur auf die Mitarbeit der BfM verlassen. Viele Anträge und Initiativen konnten trotzdem mit weiteren Fraktionen beschlossen werden. Für die Parlamentssitzung im November liegen 15 Anträge der SPD vor – gemeinsam abgestimmt mit BfM und in verschiedener Zusammensetzung mit Linken, Grünen und CDU. Damit funktioniert die parlamentarische Arbeit über Parteigrenzen hinweg ziemlich gut. Mit diesen wechselnden Mehrheiten lässt sich offenkundig einiges bewegen.

Die Grenzen dieser wechselnden Mehrheiten scheinen jedoch in der Verabschiedung eines gemeinsamen Haushaltes zu liegen, einer Kernaufgabe des Parlamentes. Hier zeichnet sich ab, dass neben SPD und BfM nur die CDU die Ernsthaftigkeit der finanziellen Situation der Stadt Marburg erkannt hat und zu einer konstruktiven Zusammenarbeit bereit ist. Aus diesem Grunde werden nun Gespräche zwischen unseren Fraktionen stattfinden. Wir brauchen verlässliche Mehrheiten für einen soliden, zukunftsfähigen Haushalt.

■

Kommunale Finanzen in schwierigen Zeiten

Verantwortung auch bei Gebühren

Steffen Rink,
Mitglied des Arbeitskreises Finanzen

Die laufenden Haushaltsausgaben liegen über den Einnahmen. Es muss sich also etwas ändern, wie übrigens schon im Wahlprogramm angekündigt: „Wir gestalten kommunale Leistungen, Steuern, Abgaben und Gebühren (auch) unter dem Gesichtspunkt der städtischen Leistungsfähigkeit.“ Richtig ist: Durch die kritisierten Gebührenerhöhungen allein wird die notwendige Sanierung des Haushalts nicht erreicht. Sollte man deshalb nicht besser ganz darauf verzichten? Gebühren belasten untere Einkommen verhältnismäßig stärker. Ist das noch sozialdemokratische Politik? Unsere Antwort ist aus folgenden Gründen: ja.

Erstens: Gebühren werden für eine Leistung erbracht. Solange eine Kommune nicht in der Lage ist, Leistungen für alle umsonst zur Verfügung zu stellen, ist eine Beteiligung an den (stetig steigenden) Aufwendungen geboten.

Jetzt auf Pump finanzieren ist ungerecht, denn dann müssen später andere bezahlen. Zweitens: Überall, wo es möglich ist, haben wir eine soziale Staffelung. Die hört übrigens nicht beim Hartz-IV-Satz auf. Und wir haben den Stadtpass. Das ist gerecht und schafft Ausgleich mit städtischem Geld. Drittens: Manche Erhöhung ist gesetzlich vorgeschrieben. Abfallgebühren müssen die Kosten der Entsorgung decken. Dieses Geld darf übrigens nicht für andere Zwecke verwendet werden, hat mit den Haushaltsdiskussionen also nichts zu tun.

Sozialdemokratische Politik erweist sich darin, die Augen vor den Herausforderungen nicht zu verschließen und Verantwortung zu übernehmen, auch wenn es dafür mal keine Sympathiepunkte gibt. Das unterscheidet uns von der „neuen Opposition“ aus Linken und Grünen.

Die Stadt Marburg erbringt Leistungen für ihre Bürgerinnen und Bürger auf hohem Niveau. Über einen »gerechten« oder „angemessenen“ Anteil der Finanzierung durch Gebühren und Abgaben muss immer wieder neu verhandelt werden. Auf sie verzichten können wir nicht. Wer etwas anderes behauptet, streut den Menschen Sand in die Augen.

Lokschuppen erhalten

Gerald Weidemann
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Den historischen Lokschuppen zu erhalten ist das ausdrückliche Ziel der Marburger SPD. Die einprägsamen Backsteingebäude verleihen dem Areal einen einzigartigen und erhaltenswerten Charakter. Um diesen zu bewahren, hat vor fünf Jahren die Stadt das Gelände von der Bahn erworben, die Kletterhalle dort etablieren können und die Erreichbarkeit des Geländes spürbar verbessert. Es wird saniert, aber es war von vorneherein klar: Den Lokschuppen kann die Stadt nicht alleine erhalten. Er befindet sich, trotz erfolgter Sicherungen, in einem sehr schlechten Zustand.

Deswegen fordert der Magistrat bundesweit auf, tragfähige Konzepte für die Zukunft des Waggonhallenareals einzureichen. Dazu gibt es strenge Vorgaben: Der Lokschuppen muss die bestehenden soziokulturellen Einrichtungen ergänzen, die Identität des Standortes soll erhalten werden und Bestimmungen des Denkmalschutzes müssen erfüllt werden! Besonders wichtig ist mir, dass sich die Bewerber vor dem Verkauf einem Auswahlgremium stellen müssen, in dem natürlich die Vertreter des Magistrats und der Behörden vertreten sein müssen. Aber durch die Mitbestimmung der bisherigen Nutzer des Waggonhallenareals und der Ortenberggemeinde wird sichergestellt, dass das Verfahren transparent ist. Letztendlich darüber entscheiden wird das Stadtparlament.

Die Marburger SPD-Fraktion vor Ort
71. Aktionswoche 28. 11. – 1. 12. 2016

Am 28. November beginnen wir unsere 3. Besuchswoche in diesem Jahr mit einem Besuch im Waldtal. Wir treffen uns zu einer öffentlichen Sitzung mit dem neuen Ortsbeirat und allen interessierten Bewohnerinnen und Bewohnern aus dem Stadtteil im St.-Martin-Haus. Eingeladen sind auch AKSB, Burschenschaft, Waldtalgemeinde, FC Waldtal und die Kirchengemeinden.

Unsere weiteren Besuche entnehmen Sie der nebenstehenden Terminliste. Nicht immer ist es uns möglich, alle Terminanfragen, die uns erreichen, in einer Fraktion-vor-Ort-Woche zu erfüllen. Gerne stehen wir Ihnen aber für Anfragen zur Verfügung oder organisieren ein Gespräch mit den jeweiligen Fachsprechern der Fraktion.

Samstag, 26. November

14.00 Uhr: Jubiläumsfeier 60 Jahre Marburger Muslime/30 Jahre Marburger Moschee (Audimax/ Hörsaalgebäude)

Montag, 28. November

18.00 Uhr: Treffen mit dem Ortsbeirat Waldtal, St. Martin-Haus

Dienstag, 29. November

17.00 Uhr: Besuch der Polizeistation Marburg, Raiffeisenstraße 1

19.00 Uhr: Besuch der Beratungsstelle Frauennotruf Marburg, Neue Kasseler Straße 1

Mittwoch, 30. November

17.00 Uhr: Besuch des Diakonischen Werks Marburg-Biedenkopf, Haspelstraße 5

19.00 Uhr: Besuch des St.-Elisabeth-Vereins, Hermann-Jacobsohn-Weg 2

Donnerstag, 1. Dezember

17.00 Uhr: Besuch der Musikschule, Am Schwanhof 68

19.00 Uhr: Besuch beim Verein MObiLO, Hermann-Bauer-Weg 2 (im Spiegelslustturm)

Gute Kindertagesbetreuung bleibt

Moderate und sozial gerechte Gebührenanhebung statt drastischer Leistungskürzungen

Ulrich Severin
Sozialpolitischer Sprecher

Die Stadt Marburg erbringt eine Vielzahl „freiwilliger Leistungen“, die andere Gemeinden sich nicht leisten können oder wollen und hat in den letzten Jahren die Kinderbetreuung erheblich ausgebaut (mehr Ganztagsplätze, mehr Personal).

Wären die Beiträge für die Kindertagesbetreuung entsprechend den Empfehlungen der Hessischen Jugendhilfekommission für Leistungen der Jugendhilfe erhöht worden, so lägen die Gebühren für einen Ganztagsplatz im Jahr 2016 jetzt schon bei 171 Euro (statt aktuell 139 Euro) und im kommenden Jahr bei 177 Euro.

Seit 10 Jahren wurden die Beiträge nicht erhöht und die Kosten sind aktuell so hoch, dass die Stadt Marburg aus kommunalen Mitteln pro Kind und Monat zwischen 500 und 700 Euro aufwenden muss, damit es – unter anderem bei verbesserter Ausstattung und nach dem höheren Tarifabschluss für die Erzieher/innen – eine hervorragende Betreuung in der Krippe oder der Kita bekommt.

Der Jugendhilfeausschuss hat sich mit der Erhöhung der Gebühren befasst und der Politik genau den von der Jugendhilfekommission vorgeschlagenen erhöhten Betrag als zumutbar und gerecht empfohlen – unter anderem auf Vorschlag der Träger. Gleichzeitig wurde aber auf Initiative der SPD-Stadtverordnetenfraktion die soziale Staffelung der Gebühren darüber hinaus weiter verbessert. Auf diese Weise wird ein noch größerer Kreis von Familien mit niedrigem Einkommen von der Zahlung befreit beziehungsweise erhält einen Zuschuss, um den Eigenanteil zu senken. Die SPD-Fraktion hat zudem beantragt, dass die Erhöhung in zwei Schritten in den Jahren 2017 und 2019 erfolgt.

Grundsätzlich vertreten wir die Gebührenfreiheit für die Kindertagesbetreuung. Als Bildungseinrichtung sollte sie analog der Schule finanziert werden; das heißt, dass Land Hessen zahlt das Personal und die Stadt Marburg die Infrastruktur. Dann könnte die Kita sofort gebührenfrei sein.

Als die SPD dies im September im Hessischen Landtag beantragt hatte, wurde dieser Antrag mit der Mehrheit von CDU und Grünen abgelehnt. Leider gab es dagegen keinen Protest der betroffenen Eltern. Wir unterstützen dieses Ziel der Hessen-SPD, weil auch eine Kommune wie Marburg ohne Unterstützung des Landes die niedrigen Gebühren in Marburg längst nicht mehr halten kann.

Impressum

Herausgeber und verantwortlich
Die Marburger SPD-Fraktion
Biegenstraße 33
35037 Marburg
Telefon (0 64 21) 1 69 90-14
Telefax (0 64 21) 1 69 90-18

www.spd-fraktion-marburg.de
spd-fraktion-marburg@t-online.de

Gestaltung und Satz EigenArt – Thomas Neutze und Gabriele Rudolph

Fotos Jacek Chabraszewski, fox17, highwaystarz, Scanrail – fotolia; Georg Kronenberg, Michael Müller

Druck Grafische Werkstatt von 1980, Kassel; im Auftrag von msi, Marburg

Gedruckt auf Recyclingpapier aus 100% Altpapier

Redaktionsschluss: 15. November 2016

Wie geht es weiter mit der UniTram?

Modernes Verkehrssystem für Marburg

Wie bewältigen wir den wachsenden Verkehr, gerade auf den Gesundheits- und Unistandort Lahnberge? Der aktuelle Nahverkehrsplan zeigt, dass unser Bussystem an die Grenzen der Belastbarkeit stößt. Können Großbusse Abhilfe schaffen? Ist die viel leistungsstärkere Straßenbahn das richtige Mittel für ein modernes Verkehrssystem? Welche Chancen bieten sich, wenn wir die Bahnstrecke in Marburg und Umgebung in das Konzept UniTram einbinden? – Wie es auch in Kassel mit der RegioTram bis ins Zentrum funktioniert.

Wie im SPD-Wahlprogramm gefordert, haben wir uns gleich nach der Wahl diesen Fragen gestellt und veranlassen nun gemeinsam mit einer großen Mehrheit im Stadtparlament notwendige Prüfungen. Wenn sich dabei die Tram als das Verkehrsmittel der Wahl herausstellt, werden sich die Wirkungen wegen langer Planungszeiten erst ab 2030 im Stadtbild zeigen. Gerade in Zeiten knapper Kassen müssen wir die Zukunft im Blick behalten, damit unsere Stadt auch bei wachsendem Verkehr attraktiv bleibt. Dabei muss künftig auch der Rhein-Main-Verkehrsverbund seiner Verantwortung gerecht werden. Wir sind kein Anhängsel von Rhein-Main; Marburg ist ein starker Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort.

Die Marburgerinnen und Marburger können sich darauf verlassen, dass wir sie einbinden und nur Maßnahmen ergreifen, die wirtschaftlich sind und die Stadt voranbringen. Einer teuren und verkehrstechnisch problematischen Punkt-zu-Punkt-Seilbahn haben wir deshalb eine Absage erteilt. Mit der Tram nehmen wir ein bewährtes Verkehrsmittel in den Blick, mit dem viele Städte erfolgreich Nahverkehr organisieren. Erster konkreter Prüfschritt: Die Strecke Südbahnhof-Lahnberge, die eine erste Studie als am sinnvollsten einstuft. Vorher wird die Studie in einer Bürgerversammlung vorgestellt.

Sonja Sell
Bau- und Planungspolitische Sprecherin

Dr. Fabio Longo
Verkehrspolitischer Sprecher

Was läuft in der Stadtverordnetenversammlung?

Ja, es gibt seit der Kommunalwahl im März keine Koalition in der Stadtverordnetenversammlung. Das heißt aber nicht, dass wir als SPD-Fraktion keine Politik machen können oder etwa Stillstand herrscht. Im Gegenteil:

Allein für die November-Sitzung hat die SPD in der Zählgemeinschaft mit der BfM oder zusammen mit verschiedenen anderen Fraktionen mehr als ein dutzend Anträge eingebracht und entsprechende Mehrheiten gefunden oder andere Anträge mitgetragen.

Einige seien hier – neben den Themen, die wir Ihnen in diesem ***wirtunwas*** bereits vorgestellt haben – herausgegriffen:

Bei dem Antrag für ein Gesundheitszentrum und eine Gesundheitsförderung im Waldtal, geht es uns darum, im Rahmen der „Sozialen Stadt“ ein Konzept zu entwickeln, wie speziell für diesen Stadtteil medizinische und pflegerische Versorgung sichergestellt und so gerechte Gesundheitschancen für alle Menschen, egal, wo sie wohnen und zu welcher sozialen Schicht sie gehören, erreicht werden können.

Die Sparkasse hat angekündigt, mehrere nicht gut ausgelastete Filialen auch in Marburg zu schließen. Nicht unbedingt muss damit für die Kunden aber ein Nachteil verbunden sein. Für diejenigen, die nur Geld abheben wollen, wäre es hilfreich, zumindest Geldautomaten, die auch Überweisungen ermöglichen, vor allem in den Außenstadtteilen zur Verfügung zu stellen. Dies soll geprüft werden.

Die neu eingerichteten Ortsbeiräte in der Innenstadt benötigen für ihre Arbeit auch Räumlichkeiten, die sie regelmäßig für ihre Sitzungen nutzen können. Bislang fehlt dies für den Ortsbeirat Südviertel. Hier wünschen wir uns eine schnelle Lösung, möglichst in einem städtischen Gebäude.

Weitere Anträge fordern eine Marburger Ombudsstelle für Kinder- und Jugendrechte, eine Bestandsgarantie für die Stadtgärtnerei von DBM am Hauptfriedhof, und ein Baustellenmangement, damit Anlieger und Verkehrsteilnehmer sich auf anstehende Baumaßnahmen einrichten können und Beeinträchtigungen möglichst gering gehalten werden.